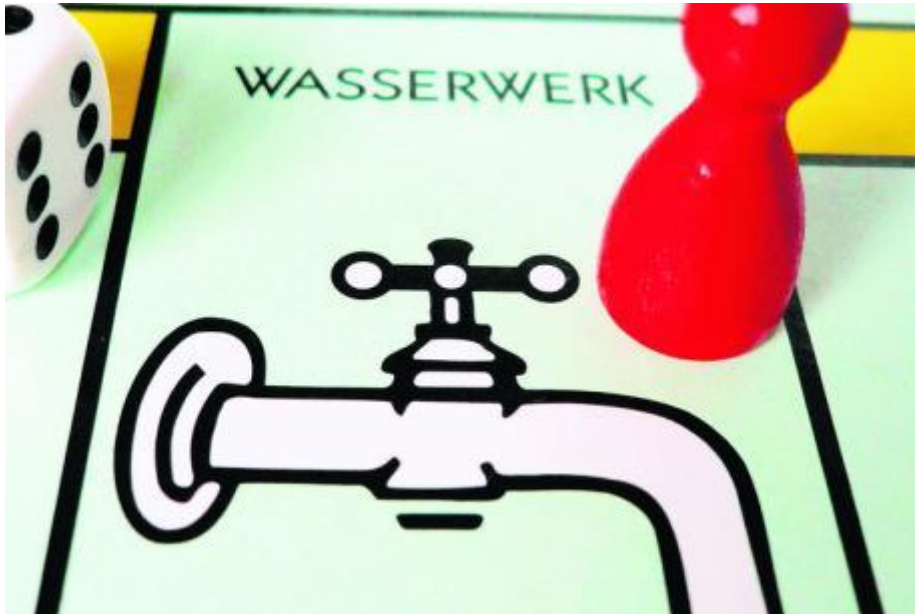


# Landkreis Harburg

## Bürgerinitiative: Protest gegen Wasserwerke wächst

Von Rachel Wahba 22. Januar 2010, 06:00 Uhr

Hamburgs Antrag auf größere Fördermengen stößt auf breite Ablehnung in der Nordheide. Auch bei Politikern.



Beim Monopoly ist das Wasserwerk begehrt. In der Heide weniger. Dort wächst der Protest gegen Hamburgs Fördermengen rasant.

Foto: picture alliance

*Winsen.* Im Landkreis Harburg formiert sich der Protest gegen den Förderantrag der Hamburger Wasserwerke (HWW) auf breiter Basis. Neben den Umweltverbänden, den Land- und Forstwirten, haben nun auch einige Samtgemeinden und die Kreispolitik Widerstand gegen die HWW-Pläne angekündigt. Wie berichtet, wollen die HWW jährlich 16,6 Millionen Kubikmeter Trinkwasser aus der Nordheide fördern. Beantragt ist eine Bewilligungszeit von 30 Jahren. Bis zum 25. Januar läuft das Auslegungsverfahren. Träger öffentlicher Belange wie Vereine, Verbände und Kommunen haben jetzt die Gelegenheit, ihre Einwendungen abzugeben und ihre Kritik an den Förderplänen der HWW zu äußern. Die Einwendungen landen auf Gunnar Peters Schreibtisch. Seine Abteilung Boden Luft Wasser im Kreishaus in Winsen ist seit Auflösung der Bezirksregierung Lüneburg federführend zuständig für die Bearbeitung des 15 Ordner umfassenden Antrags der HWW.

Am Mittwoch hatte ein Vertreter der Interessengemeinschaft Nordheidewasser (IGN), die Bürgerinitiative kämpft seit etwa 30 Jahren gegen die Trinkwasserförderung der HWW in der Nordheide, ihre 18-seitige Einwendung im Kreishaus abgegeben. Die IGN fordert den sofortigen Stopp der Wasserförderung, weil dazu "jede rechtliche Grundlage fehlt", so IGN-Sprecher Gerhard Schierhorn. Derzeit fördern die Hamburger mit einer vorläufigen Erlaubnis jährlich 15,7 Millionen Kubikmeter jährlich, die alte Bewilligung war im Jahr 2004 ausgelaufen. Die damalige Bezirksregierung hatte vor ihrer Auflösung noch eine vorläufige

Erlaubnis erteilt. Schierhorn: "Diese Erlaubnis ist unbefristet. Das ist rechtsfehlerhaft, denn es hätte eine Frist genannt werden müssen. Sie ist ungültig, und wurde erteilt, ohne die Verbände zu beteiligen."

Die IGN geht noch einen Schritt weiter: Sie fordert den Stopp der Förderaktivitäten der Hamburger in der Nordheide und die Ablehnung des Antrags. Zum einen habe Hamburg genug eigenes Trinkwasser, was gefördert werden könne, zum anderen hätten die Wasserwerke zu keiner Zeit Alternativen zum Trinkwasser aus der Nordheide untersucht, und genau dazu seien die HWW verpflichtet gewesen. "Dieser Antrag der HWW ist derart schlampig und oberflächlich ausgearbeitet, dass es nicht mal lohnt, das bereits angelaufene Verfahren weiter zu verfolgen. Selbst ein Erörterungstermin wäre verlorene Zeit. In ihrem Antrag haben die HWW auch nicht nachweisen können, dass Hamburg das Wasser aus der Nordheide braucht. Die Umweltverträglichkeitsprüfung ist eine Lachnummer. Diesen Antrag muss der Landkreis ablehnen."

Ganz so weit gehen beispielsweise die drei Samtgemeinden Salzhausen, Hanstedt und Tostedt nicht. Sie haben gemeinsam einen Gutachter beauftragt, der ihre Einwendungen gegen die Höhe der Fördermenge und den Zeitraum der Bewilligung wissenschaftlich untersucht. Christiane Oertzen (CDU) Mitglied der CDU-Fraktion im Samtgemeinderat Salzhausen und Fraktionsmitglied der Kreistagsfraktion, hält die Forderung der IGN für überzogen, ebenso wie die Forderungen der HWW. "Ein Bewilligungszeitraum von 30 Jahren ist viel zu lang. Eine solche zeitliche Festlegung ist bei den zu erwartenden klimatischen Veränderungen nicht mehr zu verantworten", so die CDU-Politikerin aus Garlstorf.

Auch die beantragte Menge von 16,6 Millionen Kubikmeter sei nicht mehr zu verantworten, so die einhellige Meinung innerhalb der Garlstorfer CDU. Man lasse sich von "Hamburg nicht für dumm verkaufen. Unsere Wald- und Grundbesitzer tun alles, um das gute und gesunde Grundwasser der Heideregion zu erhalten und Hamburg verdient daran viel Geld. Wir vor Ort gucken in die Röhre", hieß es nach einer Klausurtagung der Salzhausener CDU. Dass die HWW mit dem "Naturgut Wasser eine Menge Geld verdient", ist auch ein Kritikpunkt der IGN.

Die Grünen im Harburger Kreistag wollen einen Antrag für die nächste Sitzung des Kreisausschusses am 8. Februar stellen. "Wenn es stimmt, was die IGN da mit juristische Hilfe recherchiert hat, und die HWW jetzt auf der Grundlage einer ungültigen Erlaubnis Wasser fördern, dann muss sich Landrat Joachim Bordt dazu äußern. Wenn das stimmt, muss Hamburg sofort der Hahn abgedreht werden", so Dr. Erhard Schäfer, Grünen-Fraktionsmitglied. Seine Fraktion müsse sich zum aktuellen Förderantrages noch positionieren. Positioniert haben sich bereits viele der rund 250 betroffenen Landwirte im Kreis. Tenor: Fördermenge und Bewilligungszeitraum müssen gesenkt werden. Im Kreishaus wollte man sich, mit Hinweis auf das laufende Verfahren, nicht äußern.